

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

24.10.1931 (No. 248)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Postfachamt
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. Krenn,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatte, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleihezeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Vorab für Revision des Versailler Vertrags Sonst keine Besserung der Weltwirtschaftslage möglich

Nach Meldungen aus Washington erklärte am Freitag Senator Borah gegenüber französischen Zeitungsberichterstattern, daß eine Revision des Versailler Vertrages eine gebieterische Notwendigkeit sei. Er würde, falls die Alliierten die deutschen Reparationen streichen, die Streichung der alliierten Schulden begünstigen. Bezüglich der Abrüstung erklärte er, er erwarte, daß Frankreich für sich selbst bestimme, wie weit es abrüsten solle. Er sehe jedoch keine Aussicht auf Abrüstung in Europa, solange gewisse, durch den Versailler Vertrag verschuldete Zustände weiterdauern.

Borah betonte, daß er zwar Vorsitzender des Außenausschusses des Senats sei, aber lediglich seine eigenen Ansichten darlege. Auf Lavals Wunsch werde er Samstagabend mit ihm bei Stimson speisen, um ihm gleichfalls seine Meinung über die außenpolitischen Probleme zu unterbreiten. Senator Borah erklärte dann, folgendes sei seine Ansicht:

Keine Besserung der Weltwirtschaftslage ist möglich, ohne Änderung des Versailler Vertrages. Insbesondere müssen Änderungen bezüglich der Grenzen im polnischen Korridor, in Oberschlesien und Ungarn erfolgen. Zwar herrscht jetzt Frieden in Europa; aber es ist ein Frieden brutaler Gewalt, nicht ein auf Zufriedenheit gegründeter Frieden. Die Zeit für den Ausbau des Kellogg-Paktes ist noch nicht gekommen. Auch wirtschaftlicher Druck als Verschärfung des Kellogg-Paktes kommt nicht in Frage. Denn wirtschaftlicher Druck ist von Kriegsmassnahmen nicht verschieden. Wirken wir jetzt im Fernen Osten einen derartigen Druck aus, so käme das einer Kriegserklärung an Japan gleich. Ein Verringerung der Rüstungen auf prozentualer Basis ist undurchführbar. Überhaupt ist eine Einschränkung der Rüstungen nicht möglich, solange die Vereinigten Staaten nicht mit Sowjetrußland diplomatische Beziehungen aufnehmen.

Die von Frankreich geforderte Sicherheit kann nur auf Gerechtigkeit gegründet sein. Und bin für Streichung der Kriegsschulden der Alliierten an uns im gleichen Maßstab mit der Streichung der deutschen Reparationen. Es ließe sich ein Weg finden, Frankreich für den tatsächlichen Kriegsschaden in den zerstörten Gebieten zu entschädigen. Aber mehr darf man von Deutschland nicht verlangen. Die Zeit für Reparationen ist vorbei. Wir müssen jetzt tatsächlich Schritte an den Kriegsschulden vornehmen, sonst geht Deutschlands Kredit vollkommen verloren. Amerika kann seine eigene Depression ohne Zusammenarbeit mit Europa nicht beenden.

Laval lehnt eine Auseinandersetzung mit Borah ab

W.D. New York, 24. Okt. (Tel.) Laut „Gerald Tribune“ erklärte der französische Ministerpräsident unter Anspielung auf die getriggerten Ausführungen des Senators Borah, er sei nicht nach Washington gekommen, um sich in eine Polemik mit Borah einzulassen und auch nicht, um über eine Revision des Versailler Vertrages zu verhandeln.

Die Washingtoner Besprechungen Kein Abkommen zu erwarten

Der amerikanische Außenminister Stimson hat Pressevertretern erklärt, es sei ausgeschlossen, daß Hoover und Laval irgendwelche Abkommen abschließen würden. Man könne nur beraten. Die Erklärung Stimsons ist offenbar zur Beruhigung der Opposition ausgegeben. Sie soll besagen, daß Hoover keine internationalen Bindungen übernehmen wolle, die Amerika zu positiver Kriegshilfe verpflichten würden.

In amerikanischen Kreisen wird als einzig mögliche Konzeption eine einseitige Erklärung Hoovers bezeichnet, daß die amerikanische Regierung im Falle von Kriegsgefahr mit den anderen Mächten alsbald über geeignete Maßnahmen in Beratung treten werde. Sollte sich Laval mit einer derartigen Erklärung nicht begnügen, die vom Senat nicht ratifiziert zu werden brauchte, und sollte er sich aus diesem Grunde in der Frage der Abrüstung zu keinen Konzessionen verstehen, so würde, wie „Baltimore Sun“ erklärt, die amerikanische öffentliche Meinung nur schwer davon zu überzeugen sein, daß man auf die alliierten Kriegsschulden verzichten könne, um dem schwererüftenden Europa den Verzicht auf die deutschen Reparationen zu ermöglichen.

Im Staatsdepartement wurde mitgeteilt, daß zuerst die Finanzfragen erörtert werden sollen, da die politischen Probleme leichter angegangen werden könnten, wenn durch eine Verständigung über die Maßnahmen zur Sanierung der Weltwirtschaftslage eine Art Basis für die gemeinsame Arbeit gefunden sei. Es wurde betont, daß in Washington keinerlei Abmachungen getroffen würden, die man dann den anderen als fait accompli vorlegen wolle. Man werde keine Neubestellung der Welt beschließen, andererseits aber auch nichts festlegen, was z. B. große Opfer erfordere. Sei ja gerade die Befreiung der deutschen Schwierigkeiten einer der Hauptpunkte der Diskussion. Man wolle mit Laval sprechen, um genau festzustellen, wie weit die beiden Regierungen in der Frage einer Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit gehen könnten. Sollte, wie man hoffe, in gewissen Punkten eine Einigung über den einzuschlagenden Weg erzielt werden, so werde man diese Vorschläge den übrigen beteiligten Regierungen zur Begutachtung unterbreiten.

In einer offiziellen Erklärung des Weißen Hauses wird betont, daß die Besprechungen sich nur auf die Politik bezögen, die jede der beiden Regierungen verfolgen könne, um die Erholung von der Weltwirtschaftsdepression zu fördern.

Letzte Nachrichten Brünning vom Uelau zurückgekehrt

W.D. Berlin, 24. Okt. (Preis-Tel.) Wie wir erfahren, ist Reichskanzler Brüning heute vormittag von seinem kurzen Erholungsurlaub, den er im Siebengebirge verbracht, wieder in Berlin eingetroffen. Seine ersten Besprechungen gelten naturgemäß dem Besuch des italienischen Außenministers, der für morgen früh erwartet wird.

Der italienische Besuch

Der italienische Außenminister Grandi, der Freitagabend von Rom nach Berlin abgereist ist, wurde vorher von Mussolini empfangen. Der amtliche Popolo d'Italia schreibt: „Wie der Chef unserer Regierung erklärt hat, ist eine wirtschaftliche und politische Sejourierung Deutschlands für das Leben Europas notwendig. Wir glauben, daß das beste Mittel zur Wiedererlangung des Vertrauens in Europa darin besteht, daß Deutschland Vertrauen entgegengebracht wird. Es bestehen auf dem europäischen Festlande drei in voller Entwicklung befindliche Kulturen: die französische, die italienische und die deutsche, welche für das Leben Europas unentbehrlich sind. Wenn zwischen diesen Kulturen nicht Friede herrscht, so kann kein allgemeiner Friede bestehen.“

Die mandchurische Krise Japan macht Schwierigkeiten

Die Ratifizierung über den mandchurischen Konflikt stand am Freitag in Genf im Zeichen eines tiefen Meinungsgegenstandes zwischen Japan und den anderen Mächten. Der japanische Vertreter beim Völkerbund hat zwar den Auftrag erhalten, die Annahme der Vorschläge des Völkerbundsrats bezüglich Japan bekanntzugeben, Japan macht aber Gegenvorschläge und Vorbehalte.

Während der chinesische Vertreter namens seiner Regierung in einer sehr konzilianten Rede, wenn auch mit einigen Vorbehalten, dem im Rate vorgelegten Entschuldigungsvertrag seine Zustimmung gab, schlug der japanische Vertreter eine Reihe von Änderungen vor, die Briand als einen vollkommenen Gegenvorschlag bezeichnete, und in denen die japanische Regierung in etwas gemildert oder eigentlich noch verschärfterer Form die alte japanische Forderung erhob, daß vor der Beendigung der Räumung in der Mandchurei, für welche die japanische Regierung keine bestimmte Frist setzen lassen könne, direkte Verhandlungen der beiden Regierungen erfolgen müßten für die Vereinarbeit der Hauptgrundzüge zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen China und Japan sowie zur Garantierung der Sicherheit des Lebens und Besitzes der Japaner.

In Tokio erklärt man, es sei unmöglich, ein festes Versprechen darüber abzugeben, daß die Räumung der Mandschurei der Wahngzone besetzten Punkte am 16. November, dem Datum des Zusammentritts der nächsten Waisatzung, beendet sein werde. Der Fortschritt der Räumung werde notwendigerweise von dem Willen und der Fähigkeit Chinas abhängen, die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung nach der Zurückziehung der Truppen zu gewährleisten.

Die Debatte über den japanischen Vorschlag wird heute fortgesetzt.

Die heutige Debatte

W.D. Genf, 24. Okt. (Tel.) Der Völkerbundsrat setzte heute vormittag die Verhandlungen über den Konflikt in der Mandchurei fort. Die Frage der Vereinbarungen, von denen Japan die Räumung abhängig machen will, stand im Vordergrund der Debatte. Yoshizawa erklärte, es seien lediglich Fragen der Sicherheit im Sinne der Auslegung Briands. Auf Ausführungen Lord Cecil's erklärte Yoshizawa, daß die japanische Regierung ganz bestimmte Auffassungen über die von Lord Cecil berührten Fragen habe, daß er aber nicht in der Lage sei, sich hierüber vor dem Rat auszusprechen, da er hierzu keine Instruktionen habe. Es müsse eine Vereinbarung mit China getroffen werden, ehe Japan zur Räumung schreiten könne. Japan sei bereit, die Truppen in die Eisenbahnzone zurückzuführen, sobald es die Abzeugung gewonnen habe, daß Leben und Eigentum seiner Staatsangehörigen gesichert seien.

Dann stellte der Völkerbundspräsident Briand den japanischen Gegenvorschlag zur Abstimmung. Briand erinnerte vorher noch an die Bestimmungen des Völkerbunds und des Kellogg-Paktes und erklärte, der Konflikt müßte jetzt schnell aus der Welt geschafft werden, wenn größeres Unheil vermieden werden solle.

Meinungsverschiedenheiten gebe es zwischen Frankreich und Amerika nicht.

Für internationale Zusammenarbeit

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer in Paris faßte einen Beschluß, in dem er u. a. die Regierungen zu einem gemeinsamen Vorgehen in möglichst enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsvertretern auffordert. Die internationale Zusammenarbeit soll in einer effektiven Abrüstungspolitik, in der Sicherung des Gleichgewichts der Staatshaushalte und einer Herabsetzung der Steuerlasten, in einer endgültigen Regelung der zwischenstaatlichen Schulden, in der Wiederherstellung der Währungsstabilität und in der Befolgung einer Wirtschaftspolitik bestehen, die eine freiere internationale Bewegung der Menschen und einen freieren Austausch von Waren, Kapital und Dienstleistungen zum Ziele hat.

* Zur politischen Lage Laval und Hoover

Unter den vielfachen Begegnungen führender Staatsmänner der Welt ist die zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem amerikanischen Präsidenten Hoover in Washington als eine der allerwichtigsten zu betrachten. Wenn diese beiden Männer sich gegenseitig verstehen und verständigen, und beide ihren großen Einfluß für eine vernünftige Lösung des Währungs- und Schuldenproblems einsetzen, dann wäre es möglich, daß von diesen Tagen noch einmal der Beginn einer besseren Zeit für die Wirtschaft der Welt datiert wird.

Einstweilen sind die Aussichten dafür gering. Vor allem deshalb, weil Frankreich noch immer mit großem Zögern an die Lösung jenes Problems herangeht und immer wieder den Versuch macht, das Währungs- und Schuldenproblem mit der Sicherheitsfrage zu verknüpfen. Paris wünscht, daß Amerika auf den größten Teil seiner Schuldanprüche an die Alliierten verzichtet, und Frankreich ist dann bereit, auch seinerseits auf einen entsprechenden Betrag der Reparationen zu verzichten, allerdings mit der Maßgabe, daß sich aus dem Verhältnis von faktischer Reparationszahlung und Schuldenabzahlung an Amerika immer noch ein gewisses Plus zu seinem eigenen Nutzen ergibt; Paris wünscht aber auch, daß Amerika gleichzeitig einem neuen Pakt beiträgt, der die „Sicherheit Frankreichs“ verbürgt.

Wenn es sich bei diesem Verlangen Frankreichs nur um irgendeine neue Bekräftigung des Kellogg-Paktes handelte, würde Amerika wahrscheinlich darüber mit sich reden lassen. Aber mehr aber auch nicht.

Bisher ist von offiziöser amerikanischer Seite mit allem Nachdruck betont worden, daß die Fragen, die Hoover mit Laval in Washington zu besprechen habe, durchaus nichts mit dem sog. „Sicherheitsproblem“ zu tun haben. Immerhin würde ja schon die Höflichkeit des Gastgebers gebieten, mit Laval über Anregungen und Vorschläge zu sprechen, wenn diese sich in der Tat nur auf eine neue Bekräftigung des auf amerikanische Initiative hin zustande gekommenen Kellogg-Paktes beziehen. Damit ist Frankreich indessen nicht gebüdet. Paris wünscht mehr, nämlich eine bindende Erklärung Amerikas, daß es Frankreich zur Hilfe eilen würde, falls es über den Bestimmungen des Friedensvertrages zu einem Kriege kommen sollte. Aus der Sprache der Diplomaten in gutes Deutsch übersetzt, lautet die Forderung Frankreichs sicherlich klipp und klar dahin, daß Amerika den Franzosen ein für allemal die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Friedensvertrages, also auch der Territorialbestimmungen im Osten, garantieren soll.

Wenn Laval wirklich mit dieser Forderung in Washington hervorgetreten sein sollte, wird er zweifellos auf eine sehr ernste Ablehnung gestoßen sein. Nicht umsonst hat Senator Borah gerade jetzt eine Erklärung veröffentlicht, nach welcher der Friedensvertrag nicht nur nicht aufrechterhalten werden solle, sondern unter allen Umständen revidiert werden müsse, und zwar vor allem in den Teilen, die sich auf den polnischen Korridor, Oberschlesien und Ungarn beziehen. Gleichzeitig befragt Borah die Streichung der internationalen Schulden und der Reparationsschulden. Wie gemeldet wird, hat Borah diese seine Anschauungen auch Laval persönlich mitgeteilt.

Inwiefern sich Hoover und Laval über bedeutsame Maßnahmen der nächsten Zeit verständigt haben, ist bis heute schwer zu sagen. Das offizielle Communiqué über die Besprechungen läßt allen möglichen Deutungen Raum. Da aber jetzt schon feststeht, daß ein ganz bestimmtes Abkommen von den beiden Staatsmännern nicht vereinbart worden ist, kann man wohl annehmen, daß die große Aktion zur Rettung der Weltwirtschaft noch auf sich warten lassen wird. Laval bringt die eine Erkenntnis mit, nach Hause, daß die Gefühle, die die amerikanische Politik und noch mehr die amerikanische Bevölkerung, Frankreich entgegenbringt, recht kühl und reserviert sind.

Vor und während der Reise hatte man in Frankreich alles getan, um die Position Lavals Amerika gegenüber zu stärken. Und zwar bediente man sich dabei wieder der goldenen Regeln. Gewiß, die Notenbanken halten sich dabei zurück; um so schärfer aber ist der von den französischen Privatbanken ausgeübte Druck. Sie verlangen eine Erhöhung der Zinsen für die in Amerika angelegten französischen Gelder. Wird diesem Verlangen nicht Rechnung getragen — und das scheint der Fall zu sein —

dann wird man gewiß nicht zögern, auch weiterhin französische Kredite in größerem Umfange in Amerika zu kündigen. Jedenfalls führen die französischen Privatbanken bereits so eine Art Krieg gegen den Dollar. Und bezeichnend ist es u. a., daß die französische Bevölkerung mehr und mehr vom Dollar abtrifft, nachdem sie schon vorher vom Pfund Sterling abgerückt war, und sich in noch stärkerem Maße der reinen Goldhantel zuwendet. Goldmünzen sind es, die man an den Schaltern verlangt.

Wir haben in unserer gestrigen „Wirtschaftlichen Umschau“ die internationale Währungsfrage gerade im Hinblick auf diese Zusammenhänge behandelt. Wir verweisen unsere Leser nochmals auf die Lektüre dieser Ausführungen, da sie zum Verständnis der Verhandlungen zwischen Kaval und Hoover wesentlich beitragen. Natürlich ist die Situation für Amerika zunächst noch nicht im mindesten beunruhigend. Die wirtschaftliche und finanzielle Stellung Nordamerikas ist so fest fundiert und sein Goldvorrat so riesig, daß es sich durch Drohungen nicht imponieren zu lassen braucht.

Deutschland und die Wirtschaftskrisis

Auch in Deutschland verfolgt man die Besprechungen in Washington mit dem größten Interesse. Sind wir doch in erster Linie am Reparationsproblem beteiligt, und drückt uns doch die Wirtschafts- und Währungsfrage am allermeisten.

Daß wir nicht gesonnen sind, die Hände in den Schoß zu legen und alles von der Weiterentwicklung der großen internationalen Unterhandlungen zu erwarten, beweist der demnächstige Zusammentritt des deutschen Wirtschaftsbeirats, dessen Mitglieder jetzt im wesentlichen ernannt sind. (Wobei wir es mit Genugtuung berechnen, daß ein so hervorragender und geschätzter Wirtschaftsfachverständiger, wie Fabrikant Dr. Handelsberger, gewissermaßen als Vertreter Badens in den Beirat berufen wurde.)

Wir können in Deutschland nichts Besseres tun, als uns nach zwei Fronten zu betätigen. Die eine Front ist die der Weltwirtschaft, und die andere ist die unserer eigenen Nationalwirtschaft. Und, wenn auch die Zusammenhänge hier außerordentlich innig sind, gibt es doch eine ganze Reihe von Fragen, die wir im Sinne wirtschaftspolitischer Vernunft allein lösen können, ohne dabei durch die Rücksicht auf die Weltwirtschaftskrisis behindert zu sein. Nichts steht dem im Wege, daß wir die vom Reichskanzler Dr. Brüning gekennzeichneten Fehler unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik beseitigen, und nichts braucht uns daran zu hindern, daß wir die vom Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 13. Oktober angekündigten Maßnahmen in die Tat umsetzen. Gewiß wird das nicht leicht sein. Die Durchführung all des von Dr. Brüning umrissenen Programms wird sicherlich viel mehr eine Aufgabe des Mutes und der Tatkraft, als eine Aufgabe des Verstandes sein. Der Verstand hat ja schon längst gesprochen. Was uns fehlt, ist nur die Übertragung dieser Sprache ins Reich der Taten.

Der Wunsch ist sicher berechtigt, daß diese Taten nun nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Lage der Wirtschaft wird mit jedem Tage verzweifelter. Die Arbeitslosigkeit steigt in beunruhigender Weise. Und, wenn das ja anhält, werden sich auch bald wieder neue Schwierigkeiten für die Ausbalancierung der Stats im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden ergeben.

Parteikrisen

Die entscheidende Abstimmung im Reichstag, die erfreulicherweise mit dem Siege Dr. Brünings endete, hat einzelne Parteien in schwere Bedrängnisse gebracht, so vor allem die Wirtschaftspartei. Am kommenden Mittwoch wird sich der Parteiauschuß mit der Krisis beschäf-

tigen. Die Frage haben hier eine derartig bedrohliche Form angenommen, daß bereits von dem Auseinanderfallen der Wirtschaftspartei gesprochen wird. Jedenfalls ist jetzt schon eine Reihe von Ortsgruppen aus der Partei ausgeschieden, nachdem man in scharfer Form das Eintreten der Fraktion für Brüning gemißbilligt hatte.

Auch in der Deutschen Volkspartei ist die Beurteilung keineswegs einheitlich. Das Gros der Fraktion und dementsprechend auch das Gros der Parteioptionen im Lande billigt die Politik der Opposition gegenüber dem Kabinett. Demgegenüber steht die Minderheit, die sich ihrerseits auch wieder auf einzelne Organisationen im Lande stützen kann. Wie verworren die Situation ist, zeigt am besten die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei in Baden die oppositionelle Einstellung der Fraktion verurteilt und für Brüning ist, während die Deutsche Volkspartei der nachbarlichen Pfalz die direkt entgegengesetzte Meinung vertritt.

Im benachbarten Hessen ist es die Sozialdemokratie, die in der letzten Zeit durch eine schwere Parteikrise erschüttert wird. Eine solche Krise ist um so bedenklicher, wenn man sich vorstellt, daß am 15. November in Hessen die Landtagswahlen stattfinden sollen.

Der Aufstand auf Zypern

Nachdem die vorgesehenen britischen Verstärkungen in Nikosia eingetroffen sind, hat der Gouverneur bekanntgegeben, daß weitere Verstärkungen nicht notwendig sind.

Der englische Kolonialminister, Thomas, erklärte, obwohl die Berichte über die Unruhen in Zypern ernst seien, sei kein Grund zu Befürchtungen vorhanden. Die Unruhen zeigten, welche Feinde das britische Weltreich habe und wie notwendig es sei, mit größter Strenge gegen sie vorzugehen. Die Lage sei nun unter Kontrolle, und die letzten Nachrichten seien beruhigend. Auf der Insel ist eine strenge Zensur der ein- und ausgehenden Nachrichten eingeführt worden.

Der griechische Außenminister Michalakopoulos erklärte in einem Interview mit Reuters, die Differenzen zwischen der Bevölkerung von Zypern und der englischen Regierung könnten unter keinen Umständen zu einem Konflikt zwischen Griechenland und Großbritannien führen. Die griechische Regierung habe die Kundgebungen der Zypriener niemals weder direkt noch indirekt in einer Weise unterstützt oder ermutigt.

Die Bayer. Volkspartei zur letzten Notverordnung. Die Bayer. Volkspartei hat in einer Sitzung, an der u. a. Ministerpräsident Dr. Gerd, Reichspostminister Dr. Schägel und der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Reichsminister, über Schritte beraten, um zu einer für Bayern befriedigenden Regelung jener Materie der letzten Notverordnung zu gelangen, die nach einmütiger Aufassung der gesamten Bayer. Volkspartei, in voller Übereinstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung für die bayerischen Verhältnisse aus prinzipiellen und praktischen Gründen untragbar sind. Die Aussprache ergab, wie mitgeteilt wird, eine vollständige Einmütigkeit in der Beurteilung der zu ergreifenden Maßnahmen.

Die meuten der Deutschen Seelute. Das Schnellgericht in Holtzau bei Kiel beurteilte am Freitag wegen des Streikes in russischen Häfen fünf Seeleute des Stettiner Dampfers „Dione“ zu drei Monaten Gefängnis, ein sechster Angeklagter vom gleichen Dampfer wird sich vor dem Schöffengericht wegen Meuterei zu verantworten haben. — Bei der Ankunft des deutschen Dampfers „Quinia“ in Königsberg, wurden die elf streikenden Matrosen verhaftet. — Vom Hamburger Dampfer „Vollheim“ sind 13 Seeleute desertiert und in Rußland geblieben. Mit dem Dampfer „Anita Ruß“ wird übrigens der Hauptdrahtzieher der Streikaktion, ein Seizer Holstein, in Kiel erwartet.

Deute, Samstag, verhandelt das Holtzauer Gericht gegen neun Angeklagte vom Hamburger Dampfer „Günther Ruß“. In den nächsten Stunden werden noch 17 Dampfer erwartet, so daß auch morgen, Sonntag, Schnellgerichtsverhandlungen stattfinden werden.

Kein allgemeines Demonstrationsverbot für das Reich. Von unrichtiger Berliner Seite wird die Nachricht eines Berliner Blattes, daß die Reichsregierung die Absicht habe, ein allgemeines Demonstrations- und vielleicht auch Uniformverbot für die politischen Verbände zu erlassen, als unrichtig bezeichnet.

Literarische Neuerscheinungen

Wilhelm Raabe als Seher unserer Zeit. Sehen erscheint ein neues Werk von Prof. Wilhelm Fehle: „Im Spiegel des alten Proteus — Wilhelm Raabe als Seher unserer Zeit“ (Verlag Deutsche Rundschau G. m. b. H., Berlin W 30), das unter den Schriften zum 100. Geburtstag Raabes eine besondere Stellung einnimmt; es ist nicht eine neue Biographie Raabes, sondern eine Deutung seines Schaffens und seiner Wirkung in unserer Zeit. Fehle, einer der besten Raabe-Kenner, die wir heute haben, schlägt mit diesem Werke die Brücke vom Heute zum Damals. Er begreift Raabes Werk im Zusammenhang mit dem ganzen inneren Umwälzungsprozess, der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts anhub. Er führt Worte Raabes an, die beweisen, in welcher erstaunlichen Maß Raabe schon früh an sozialen Fragen teilgenommen hat, wie grundlegend seine pädagogischen Ideen waren, die geradezu eine Vorwegnahme „moderner“ Prinzipien auf diesem Gebiete bedeuten. In dem Kapitel „Natur und Zivilisation“ zeigt er auf, mit welcher humorgetränkten Weisheit Raabe den Entwicklungsgang der Zivilisation prophezeit hat. Immer wieder eröffnet dieses Buch Blide auf die geniale seherische Begabung Raabes. Besonderen Wert hat Fehles Werk dadurch, daß es jeden Leser mit einem Schlage in lebendigste Beziehung zu dem „großen Unbekannten des deutschen Schrifttums“, Wilhelm Raabe, bringt. Man kann nur wünschen, daß dieses lebensvoll und klar geschriebene Buch ein genügend großes Publikum findet, um es zum echten Volksbuch über Raabe werden zu lassen. Der Verlag hat das Seine zu diesem Ziele getan, indem er dem Buch eine künstlerisch hochwertige Ausstattung mit auf den Weg gegeben und den Preis sehr niedrig festgesetzt hat (brosch. 3,50 RM., geb. 4,80 RM.).

Das Geheimnis des Lebens. Kosmische Wellen und vitale Schwingungen von Georges Lathovsky. Mit einem Vorwort von Professor Arlonval vom Institut Français. Aus dem Französischen übertragen von G. Specht. (VII, 264 Seiten, 8°. München 1931. G. S. Ved. Kartonierte 6,50 RM., in Leinen 8,50 RM.) — In diesem soeben bei G. S. Ved. München, erschienenen Buche hat Georges Lathovsky eine Theorie des or-

ganischen Lebens — das reise Ergebnis langjähriger wissenschaftlicher Untersuchungen und systematischer Experimente — dargestellt und begründet. Die beiden grundlegenden Erkenntnisse sind, daß einerseits das ganze Universum von Kräfterstrahlungen durchflutet wird, deren Einfluß alles Leben in seiner Entstehung und Erhaltung unterliegt, und daß andererseits jede lebende Zelle (gemässmaßen eine elektrischer Oszillator und Resonator) durch die Strahlenenergie der kosmischen Wellen in vitalen Schwingungen gehalten wird. Von hier aus ergibt sich in zahlreichen feststellenden Beobachtungen und Versuchen eine Erklärung zunächst für die bisher nur mit dem Hilfswort „Instinkt“ benannten geheimnisvollen Tatsachen, daß z. B. der Zugvogel über Länder und Meere hinweg in sicherem Flug an seinen Ausgangspunkt zurückfindet, oder daß der Falter meilenweit das Weibchen „wittert“, kurz für das Instinktproblem der Tierwelt.

Hauptsächlich wendet sich der Verfasser dann den Zentralproblemen des organischen Lebens zu, indem er dieses in unmittelbaren ursächlichen Zusammenhang bringt mit den schwingenden Energien im Weltall. Wir erfahren hier über Wesen und Verlauf des Lebens Dinge, die zunächst ebenso seltsam als danach natürlich erscheinen. Gesundheit und Krankheit werden erkannt als die einfache Übereinstimmung oder Gestörtheit der Entsprechungen zwischen der Zelle und dem sie umgebenden Schwingungsfeld, und es wird offenbar, daß die Erkrankungen eines lebenden Organismus, des Menschen so gut wie einer Pflanze oder eines Tieres, wesentlich darin besteht, daß in seinen Zellen durch die Einstrahlung fremder Mikroben mit abweichender Schwingungsfrequenz eine Störung ihrer eigenen Schwingung entsteht. Was in diesem Zusammenhang das Fieber bedeutet und wie es geradezu als Heilfaktor dienen und angewandt werden kann, wie der furchtbare Krebs entsteht und warum diese Krankheit von der geologischen Beschaffenheit des Bodens und ihrer verschiedenartigen Reaktion auf das kosmische Schwingungsfeld abhängig ist, in welcher Weise und in welchem Umfang die Sonnenflecken und die kosmischen Wellen ganz allgemein einwirken auf Leben und Gedeihen, dies und vieles andere wird man mit größtem Interesse lesen.

Es handelt sich also um ein Buch, das für die ganze Naturerkenntnis-erkenntliche Einsichten und Ansätze eröffnet und

Die Entkommunalisierung der Sparkassen

Von Stadtrat a. D. Waldeemar Kofen

In Deutschland sind die öffentlichen Sparkassen seit jeher in der Hauptsache kommunale Einrichtungen gewesen. Bei ihrer Gründung stand ein sozialer Gedanke Rate: Man wollte der ärmeren Bevölkerung eine Gelegenheit zur Ansammlung und zur sicheren Anlage eines Not- und Sparvermögens geben. Schon im Jahre 1818 wurde z. B. in Berlin durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung eine Sparkasse unter städtischer Garantie ins Leben gerufen. Zahlreiche kleinere Städte sind diesem Beispiel sehr bald gefolgt, so daß es im Jahre 1835 allein in Preußen schon 80 Sparkassen gab, bei denen auf fast 100 000 Sparbüchern ein Sparkapital von über 16 Millionen Mark angeammelt war. Die Regierungen beschränkten sich bei der Gründung von Sparkassen darauf, darüber zu wachen, daß die Sparkasseneinrichtungen mit der allgemeinen Landesgesetzgebung in Einklang blieben. Später wurden dann auch von Kreisen oder Bezirken eigene Sparkassen errichtet, weil die ganz kleinen Gemeinden die gesetzlich vorgeschriebene Garantie der Sparguthaben nicht übernehmen konnten oder die Kreise jedenfalls geeignete Garantieträger waren. Im übrigen waren die staatlichen Verwaltungen bemüht, dafür zu sorgen, daß die Spareinlagen genügend liquide gehalten wurden. Zu diesem Zweck wurde z. B. im Jahre 1912 den preussischen Sparkassen vorgeschrieben, einen bestimmten Teil ihrer Einlagen (15 bis 25 Prozent) in mündelsicheren Papieren anzulegen. Dabei wurde bestimmt, daß drei Fünftel dieser Anlagen Schuldverschreibungen des Reichs oder der Länder sein mußten. Die übrigen Gelder aber wurden teils auf städtische und ländliche Sparkassen ausgegeben, teils zur Befriedigung des öffentlichen Kreditbedürfnisses, das heißt natürlich vorwiegend des Kreditbedarfs der eigenen Gemeinde verwendet.

Der Kommunalkredit ist in Deutschland in hohem Maße auf diese Sparkassengelder angewiesen, und in normalen Zeiten kann hieraus auch keinerlei Gefahr für die Sparkasse oder für die Einleger erwachsen. In den letzten Jahren haben die deutschen Kommunen freilich, nachdem ihnen der Weg zur Erlangung langfristiger Anleihen vielfach versperrt worden war, in härterer Weise als vorher kurzfristigen Kredit bei Sparkassen aufnehmen müssen. Nach der Reichsstatistik betrug die Summe der kurzfristigen kommunalen Kredite in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und in den Gemeindeverbänden am 31. März 1931 rund 1,54 Milliarden Mark. Diese kurzfristige Kommunalschuld ist nur zu einem verschwindend geringen Teile im Ausland aufgenommen, dagegen zu einem sehr erheblichen Teile durch Sparkassengelder befriedigt worden. Dabei wurde aber sorgsam darauf geachtet, daß die Sparkassen liquide genug blieben, um alle in normalen Zeiten zu erwartenden Rückzahlungsansprüche der Sparvertragsnehmer zu können. Insgesamt sind gegenwärtig nur etwa 17 Prozent der gesamten Sparkassenguthaben im Kommunalkredit angelegt, während nach dem Gesetz zu 25 Prozent in dieser Form festgelegt werden dürfen. Einem Ansehen auf die Banken und infolgedessen auch auf die Sparkassen, wie er im Juli dieses Jahres sich ereignete, wären die Sparkassen freilich auch dann nicht gewachsen gewesen, wenn sie in wesentlich geringerem Maße den Gemeinden Kredite für kommunale Zwecke gegeben hätten.

Nachdem infolge der allgemeinen Zahlungsstörung die Sparkassen vorübergehend hatten geschlossen werden müssen und nachdem dann zunächst nur ein beschränkter Zahlungsverkehr aufrechterhalten werden konnte, hat die Reichsregierung im Rahmen der Maßnahmen zur Wiederherstellung des vollen Zahlungsverkehrs auch bei den Sparkassen eine Notverordnung erlassen, durch die den Sparkassen sowie auch den Giroverbänden und ähnlichen Kreditinstituten bis auf weiteres untersagt wird, an Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, Anleihen, Darlehen und Kassenkredite zu vergeben.

Es handelt sich hier zweifellos um eine Notmaßnahme, die nur während einer möglichst kurzen Übergangszeit Geltung haben soll und darf. Mit Recht hat der Deutsche Städtetag in seiner Eingabe an den Reichskanzler darauf hingewiesen, daß die Sparkassen nicht wegen des Kommunalkredits in Schwierigkeiten gekommen sei, sondern im allgemeinen im Zusammenhange mit der Zahlungsmittelkrise und insbesondere deshalb, weil sie satzungsgemäß einen größeren Teil der Kassenguthaben im Realcredit sowie in den jetzt nicht flüssig zu machenden Reichs- und Staatsanleihen angelegt haben. Trotzdem muß zugegeben werden, daß die vom Deutschen Städtetag angegriffene Notverordnungbestimmung als solche notwendig und verständlich ist. Daß nicht an eine dauernde gesetzliche „Abhängigkeit“ der Sparkassen vom Kommunalkredit gedacht ist, darf man wohl schon daraus schließen, daß die Kreditgewährung an Gemeinden den Sparkassen nur „bis auf weiteres“ untersagt wird. Ein

besonders auch für die Heilkunde von großer praktischer Bedeutung ist. Die Verbindung von exakter Wissenschaft mit Intuition und Phantasie in Rathsoffs Werk gibt der Darstellung die Spannung und den idealen Schwung, der den Leser von Anfang bis zu Ende in Bann hält und mit sich fortzieht. Die Lektüre des Buches wird für Männer vom Fach unerlässlich sein, sie wird aber, da der Verfasser seine Entdeckungen in schlichter Sprache und unter Vermeidung mathematischer Formeln darstellt, auch für alle für die Fortschritte in Natur- und Heilwissenschaft interessierten Gebildeten anregend, genussreich und nützlich sein. (In Deutschland vertritt übrigens Alexander Müller, Bad Kreuznach, der Begründer der Sephelen-Heilmethode, schon seit 35 Jahren die in diesem Buche entwickelten Erkenntnisse und Theorien. Red.)

Zeitschriftenbau

Atlantis, Länder — Völker — Reisen. Herausgeber Martin Gurlmann (Atlantis-Verlag, Berlin). — An der Spitze des Oktoberheftes von Atlantis steht die Erzählung einer Woselfahrt aus Liebeslummer von Rudolf G. Windig, ein dichterisches Werkstück von köstlicher Würze und heiterem Glanz. Walter Gege zeigt an den Weinbergterrassen bei Raumburg die frühesten Sandsteinreliefs, die ansfangs des 18. Jahrhunderts als „Steinernes Album“ entstanden waren, weil die vielen Freunde eines Weingutsbesitzers ihre Dankbarkeit für manchen guten Tropfen durch Bildhauer in die Mauern des Nebberges hauen ließen. Zug Hed schildert anhand wunderbarer Aufnahmen aus dem Naturparkgebiet der Schorfheide, unweit von Berlin, den „deutschen Edelhirsch“. Prof. Krieger, Custos am Berliner Museum für Völkerverkunde, berichtet über die „Altolumbischen Goldsäge“ und gibt anhand von farbigen wiedergegebenen Brunnstücken aus dem Berliner Museum für Völkerverkunde eine passende Vorstellung von den goldenen Runfemerkeln, die einst die spanischen Eroberer aus dem „Eldorado“ Altamerikas zusammenrauben. Von G. Landau-Dirkfeld finden wir höchst gelungene und eindrucksvolle Bilder von finnischen Runenängern und Kantelepielern, bei denen noch heute die alte nordische Kunst des epischen Volksesanges fortlebt.

Dauerverbot dieser Art wäre schon deshalb ungerecht und undurchführbar, weil ja einerseits die Gemeinden für die Sparassessoren mit ihrem ganzen Vermögen haften, und weil sie andererseits keine Möglichkeit haben, ihren Kreditbedarf anderweitig ausreichend zu befriedigen.

Es sollte aber auch nicht verkannt werden, daß die Notverordnung schon als vorübergehende Maßnahme für den größten Teil der Gemeinden ungeheure Schwierigkeiten schafft. Gerade in einer Zeit angespanntester Finanzlage, in der überdies ein nicht unerheblicher Teil der Steuern nicht eingeht, müssen zahlreiche Gemeinden in große Verlegenheit kommen, wenn ihnen der Weg zur Aufnahme von Sparassessoren vollkommen abgeschnitten wird. Man wird ihnen mindestens zum Ausgleich neue Einnahmen zuführen und neue Kreditquellen eröffnen müssen, sonst wird im kommenden Winter ganz allgemein die kommunale Wohlfahrtsfürsorge zusammenbrechen.

Kurze Nachrichten

Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold empfing am Freitag die Führer der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die dem Minister ihre Ansichten über die zur Wiltberung der Wirtschaftskrise notwendigen Maßnahmen vortrugen.

Zu den schweizerisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen hat der schweizerische Bundesrat neue Inkarnationen festgelegt.

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß hat zur Kriegsschuldfrage eine Kundgebung erlassen. Die gesamte Christenheit wird darin aufgerufen, das deutsche Volk bei dem Kampf gegen die Kriegsschuldfrage zu unterstützen.

Im Preussischen Landtag fand am Freitag die Aussprache über den deutsch-nationalen Mißtrauensantrag gegen Landwirtschaftsminister Seiger statt. Die Abstimmung wurde auf den 4. November vertagt.

In Darmstadt S.A.B. gegründet. In Darmstadt hat sich die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands konstituiert. Den Vorsitz hat der Sohn des früheren Reichstagsabgeordneten Quessel, Dr. Andreas Quessel, übernommen. Wahrscheinlich wird sich auch der Vorsitzende des Sozialistischen Intellektuellenvereins, Dr. Sturmfeld, der neuen Gruppe anschließen.

Die Wirtschaftspartei in Sachsen fordert neue Verhandlungen zur Bildung einer nationalen Regierung.

Neue Ausschreibungen in Braunschweig. Im Krematorium in Braunschweig wurden am Freitag die beiden Arbeiter eingeweiht, die bei den Zusammenstößen am vergangenen Sonntag getötet worden waren. Nach Beendigung der Trauerfeierlichkeiten wurden die Leichen in drei Kisten in der Innenstadt getrennt.

Im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahn wurde der Schlichter für den Bezirk Rheinland, Oberlandesgerichtsrat Dr. Joetten, zum Sonderlichter bestellt.

Der Tarifvertrag im niederschlesischen Bergbau. Die im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen für den Tarifvertrag im niederschlesischen Bergbau sind ergebnislos verlaufen.

Doppeljubiläum der „Frankfurter Zeitung“. Die „Frankfurter Zeitung“, die in diesem Jahre ihren 75. Jahrgang vollendet hat, feiert zugleich am 29. Oktober d. J. den 100. Geburtstag ihres Gründers Leopold Sonnemann.

Der Weltkongreß der Methodistenkirche in Washington beschloß die Einsetzung eines Ausschusses, dem der Auftrag erteilt wurde, für die Revision des Artikels 27 des Pariser Vertrages über die Kriegsschuld zu wirken.

Der Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank, Thaas, ist zurückgetreten.

Im Auslandspostverkehr der Schweiz sind bisher folgende Einschränkungen eingetreten: Nach Deutschland sind Nachnahmen aller Art und Einzugsaufträge nur noch bis zum Höchstbetrag von 2000 RM zulässig. Ist der eingezogene Betrag jedoch auf eine Postcheckrechnung in Deutschland gutzuschreiben, so besteht diese Einschränkung nicht.

Belagerungszustand in Paraguay. Die Regierung von Paraguay hat bis zum März 1932 den Belagerungszustand verhängt.

Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ hat heute, Samstag, um 8.05 Uhr früh 10.30 in Pernambuco (Brasilien) den Rückflug nach Hause angetreten. Das Luftschiff war Freitagabend von Rio de Janeiro nach Pernambuco zurückgekehrt.

Wegen Depotunterschlagung wurde in Nürnberg ein Führer verhaftet. Die veruntreute Summe beträgt 240 000 RM.

Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den früheren Polizeibeamten und nunmehrigen Händler Martin Krieger aus Aachen wegen Spionage zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust.

In Torgau wurde die Maurerchefrau Liebmann wegen Ermordung ihres vierjährigen Knaben zum Tode verurteilt. Sie hat das Kind in ein Wasserloch gestoßen, so daß es ertrank.

Am Freitagabend wurden in Berlin abermals drei Raubüberfälle auf Lebensmittelgeschäfte verübt. In einem Falle waren die Täter bewaffnet und raubten die Ladenkasse aus.

In einem Hause im Osten Berlins fand man die 27 Jahre alte Frau Martha Dage und ihre beiden Kinder im Alter von vier Jahren und von sieben Monaten tot in ihren Betten. Der Ghemann hatte sich erhängt, nachdem er seine Frau und das älteste Kind getötet hatte. Das kleine Kind scheint verhungert zu sein.

Die im Lübecker Prozeß gemachte Mitteilung, daß in Bulgarien 90 Kinder bei der Calmette-Behandlung gestorben seien, hat in Sofia großes Aufsehen erregt. Die Direktion des öffentlichen Gesundheitswesens hat eine Untersuchung angeordnet. Prof. Guérin vom Pasteur-Institut in Paris, erklärte, dem Institut sei nichts von einer in Bulgarien verursachten Katastrophe bekannt. Das Institut lehne es ab, irgend eine Äußerung zu dem Tuberkulose-Prozeß und vor einem deutschen Gericht abzugeben.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Samstag morgen: Subtropische Luft, die gestern zunächst in der Höhe bei uns erschienen war, hat nun auch in den tieferliegenden Landesteilen die letzten Reste von Kaltluft fortgeräumt, so daß heute allenthalben sehr mildes, neblig-trübes und meist regnerisches Wetter herrscht. Nachts hatte es im ganzen Lande ziemlich stark geregnet. Die Wetterlage zeigt die von der Biskaja vorgestoßene Hochzone heute früh über Frankreich. Starker Barometerfall seit 48 Stunden deutete bereits auf Annäherung dieser Störung. Sie wird sich nach Deutschland verlagern, so daß wir für morgen schon mit dem Einbruch kühlerer Luftmassen aus Nordwesten rechnen müssen. Voraussage: Wolkig, einzelne Regenschauer und etwas kühler bei böigen Westwinden.

Wasserstände: Rheinhaut 204 unverändert, Basel 05 plus 5, Schutterinsel 57 unverändert, Neßl 208 plus 2, Ruzau 373 plus 2, Mannheim 238 minus 2, Caub 156 minus 2.

Badischer Teil

Winternothilfe 1931/32

Wir wollen helfen!

Es möge auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß bei allen Liebesgabenleistungen der Winternothilfe nachstehende Verfügungen zu beachten sind, die durch ihre wesentlichen Erleichterungen hinsichtlich des Transports eine erfolgreiche Durchführung des Hilfswerkes gewährleisten:

a) Die Reichsbahnverwaltung hat die frachtfreie Beförderung von Liebesgabenleistungen für die Winternothilfe der freien Wohlfahrtspflege für die Zeit vom 20. September 1931 bis zum 31. März 1932 zugestanden. Die Frachtfreiheit gilt nur für die unmittelbare Winternothilfe. Verboden ist die direkte oder indirekte Beförderung von Anstalten irgendwelcher Art mit Liebesgaben, die frachtfrei befördert werden sind. Für diese frachtfreie Beförderung sind in Baden gelbe Frachtbriefe zu verwenden, die von den Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege und ihren Landesstellen bezogen werden können. Die frachtfreie Beförderung ermöglicht der Winternothilfe, damit auch einen Ausgleich hinsichtlich der räumlich weitestverbreiteten Bedarfsgebiete vorzunehmen.

b) Folgende Privatbahnen haben sich in Baden in dankenswerter Weise dem Vorgehen der Reichsbahn-Gesellschaft angeschlossen:

Alghem—Ottenshöfen, Vöberach—Oberharmersbach, Haltingen—Kandern, Krozingen—Münsterthal—Sulzburg, Mannheim—Weinheim—Heidelberg, Rosbach—Mudau, Oberheffenz—Willingheim, Orschwieler—Stettenheimmünster, Waldhof—Sandhofen.

Es ist möglich, daß auch andere Privatbahnen nachgefolgt sind. Wo dies noch nicht der Fall ist, wird empfohlen, über die Bezirksausschüsse hinweg die Angleichung anzustreben.

Wer irgendetwas spenden will, wolle sich mit den örtlichen Stellen der Winternothilfe ins Benehmen setzen.

Extraneerprüfungen an höheren Schulen 1932

Die Prüfungsstelle beim Staatsministerium teilt mit:

Die Prüfungen für Schulfremde (Extraneer) an den höheren Schulen im Jahre 1932 werden gleichzeitig mit den ordentlichen Prüfungen der Vorklassen zwischen Weisnachden und Ostern abgehalten werden. Gesuche um Zulassung zu diesen Prüfungen sind mit den erforderlichen Nachweisen im Laufe des Monats Dezember d. J. einzureichen. Erst nach Ablauf dieser Frist einkommende oder durch nachträgliche Vorlage einzelner Nachweise ergänzte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Zu den Prüfungen für Schulfremde werden nur solche Privatwähler zugelassen werden, welche durch die Staatsangehörigkeit oder den jeweiligen Wohnsitz ihrer Eltern oder der Stellvertreter ihrer Eltern auf Baden angewiesen sind. Wenn sie volljährig sind, so ist die eigene Staatsangehörigkeit oder der eigene Wohnsitz maßgebend.

Die Zeugnisse über den genossenen Vorbereitungsunterricht müssen für die sprachlichen Fächer genaue Angaben enthalten über den Umfang der Lektüre. Bezüglich der naturwissenschaftlichen Fächer müssen die Beschreibungen erkennen lassen, daß der Vorbereitungsunterricht in diesen Fächern ein experimenteller Unterricht war und unter Benützung naturwissenschaftlicher Sammlungen erteilt wurde. Für alle Fächer sind die Verhältnisse anzugeben, die bei der Vorbereitung auf die Prüfung bemerkt wurden.

Die Leiter und alle Lehrer der höheren Schulen erteilen bei etwaigen Anfragen über obige Prüfungen die erforderliche Auskunft.

Stundung der Brauntweinsteuer

Auf eine Anfrage des Abg. Seubert (Zentr.) im Badischen Landtag über die Stundung der Brauntweinsteuer, erklärt das Landesfinanzamt u. a., daß nach den maßgebenden Bestimmungen der Brauntweinausschlag für den in Abfindungs-brennereien hergestellten Brauntwein bis zum 26. Tage des dritten Kalendermonats, der auf den Herstellungsmontat folgt, gestundet werden kann. Die Stundungszeit nur auf Antrag vom zuständigen Hauptzollamt und nur finanziell zuverläßigen Brennereien gegen Sicherheitsleistung und Verzinsung zugestanden. Eine sicherheitslose Stundung wird nicht mehr gewährt, ebenso ist eine Stundung über drei Monate hinaus unzulässig.

Aus der badischen Industrie

Arbeiterentlassungen in Ergingen. Die Seiden Spinnerin und Weberei Stehli & Co. sah sich gezwungen, in ihrer Filiale Ergingen etwa 50 Arbeiter und Arbeiterinnen zu kündigen.

Einschrumpfung des Personalbestandes bei Daimler-Benz in Mannheim. Die ungünstige Wirtschaftslage und die Abschottung auf dem Automobilmarkt hat bei der Firma Daimler-Benz, Mannheim, zu größeren Entlassungen bei der Belegschaft geführt. Zu Beginn des Jahres waren noch 1100 Arbeiter beschäftigt, zu Anfang August 673 und augenblicklich ist deren Zahl auf 250 zurückgegangen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Festakt anlässlich des 100jährigen Bestehens des Gewerbe- und Handwerkervereins Karlsruhe findet, wie im Inseratenteil bekanntgegeben wird, am Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 11 Uhr, im großen Eintrachtsaal, Karlsruher-Friedrich-Strasse, statt. Bei dieser Feier wirken die Gesangsvereine der Väter, Wegger- und Schneiderinnungen mit. Im Mittelpunkt des Festaktes steht die Ansprache des verdienten langjährigen Vorsitzenden, Schlossermeister Ernst Blum. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Veranstaltung außerordentlich stark besucht wird, denn der Besuch dürfte nicht nur bei den Handwerkern Interesse erwecken, sondern auch eine große Zahl Freunde und Gönner des Handwerks werden sicherlich der Jubiläumfeier anwohnen.

Rheinstrandbad Rappenswörth. Während der Wintermonate (November, Dezember, Januar und Februar) ist der Zutritt zu den Rheinstrandbädern Rappenswörth — ohne Inanspruchnahme der Kleiderablagen und der Ringennisplätze — gebührenfrei.

Deutsche Devisenkontrolle an der Grenze. Wie uns aus Basel berichtet wird, machen die schweizerischen Verkehrsorgane das nach Deutschland reisende Publikum darauf aufmerksam, daß es, um bei der Wiederausreise den Bestimmungen der Devisenverordnung über die Mitnahme von Zahlungsmitteln zu entsprechen, sich bei der Einreise von den deutschen Grenzollbeamten eine Bescheinigung über die mitgeführten Zahlungsmittel und Wertpapiere ausstellen lasse. Die ausländischen Reisenden seien berechtigt, diese Zahlungsmittel und Wertpapiere bei der Ausreise innerhalb von vier Wochen ohne besondere Genehmigung wieder auszuführen. Die

deutsche Regierung hat die Grenzollbehörden angewiesen, auf Antrag derartige Bescheinigungen auszustellen. Bekanntlich dürfen ab 3. Oktober von Deutschland aus nur Zahlungsmittel und Wertpapiere bis zum Höchstbetrage von 200 RM. ausgeführt werden.

Wegen groben Anfalls gelangten mehrere Personen zur Anzeige; darunter ein junger Kaufmann, der am Freitagmorgen in der Waldhornstraße seinem Gegner mit der Faust ins Gesicht schlug, wobei dieser durch Glasplitter seiner Brille erheblich verletzt wurde. Der Vorfall hatte eine größere Menschenansammlung zur Folge, so daß man den Notruf verständigte, der den Täter nach der Polizeiwache brachte.

Betrügereien mit Falschgeld. In den letzten Tagen mehren sich die Fälle, in denen mit falschen Geldstücken oder Scheinen (Einmark-, Dreimarkstücke, außer Kurs befindliche Scheine) Betrügereien verübt und verübt werden.

Badisches Landestheater. Der „Ring des Nibelungen“ von Wagner wird mit „Waldhörn“ am Mittwoch, den 28., mit „Siegfried“ am Freitag, den 30. Oktober, fortgesetzt und mit „Götterdämmerung“ am Sonntag, den 1. November, beschlossen. Im Schauspiel geht für die „Volkshöhle“ am Montag, den 26. Oktober, das Schauspiel „Vorunternehmung“ in Szene. „Nina“, die Komödie Bruno Zimm, deren Erstaufführung soeben die dankbarste Aufnahme fand und den wirksamsten Stücken unseres Unterhaltungsspielplans zugerechnet werden darf, wird am Dienstag, den 27. Oktober, zum erstenmal wiederholt. Am Donnerstag, den 29. Oktober, wird Emil Götts formichöne und tiefinnige dramatische Dichtung „Edelweiß“, deren diesmalige Neueinführung sowohl den poetischen Glanz des Werks, wie die ergreifende Tragik des Dichterschilders, aus dem es erwuchs, nach berufener Zeugnis zu eindrucksvoller Wirkung brachte, zur dritten Aufführung kommen. Der letzte Tag des Oktober, Samstag, bringt die zweite Klassiker-Neueinführung dieser Spielzeit. Es ist Heinrich von Kleists reifstes Drama „Prinz Friedrich von Homburg“, das zuletzt im Dezember 1923 hier gegeben wurde. Im Konzerthaus gelangt am Sonntag, den 1. November (Allerheiligen) das Schauspiel „Der Landberäuber“ von Louis Verneuil zur Wiederholung.

Max Fauer, der berühmte Pianist und Direktor des Leipziger Konservatoriums, hat sich auf die Einladung der Konzertdirektion Kurt Neufeldt hin entschlossen, in diesem Winter wiederum in Karlsruhe einen Klavierabend zu geben, der Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Eintrachtsaal stattfinden wird. Es wird von unseren Musikfreunden mit besonderer Freude begrüßt werden, daß der große Künstler, nachdem er mit seinem letzten Karlsruher Abend durch den Vortrag der vier letzten Beethoven-Sonaten jedem Besucher zum Erlebnis wurde, diesmal als Gegenstück die drei Klavier-sonaten von Brahms spielen wird, eine Tat, die der vorzüglichen nicht nachsteht wird. Der Vorverkauf beginnt heute bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 81, und in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	24. Oktober		23. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	—	—	170.78	171.12
Kopenhagen 100 Kr.	93.11	93.29	93.16	93.34
Italien 100 L.	21.83	21.87	—	—
London 1 Pf.	16.46	16.50	16.46	16.50
New-York 1 D.	4.209	4.217	—	—
Paris 100 Fr.	16.61	16.65	—	—
Schweiz 100 Fr.	82.52	82.68	—	—
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.06
Brag 100 Kr.	12.47	12.49	—	—

Gläubigerversammlung der Bleag — Vorläufige Fortsetzung des Betriebes. In der ersten Gläubigerversammlung der Badischen Lokaleisenbahn-A.G. in Karlsruhe, wählte am Freitag die Versammlung einen siebenköpfigen Gläubigerausschuß, dem auch ein Vertreter der Obligationäre angehört. Es wurde beschlossen, den Betrieb bis zum 31. Dezember 1931 aufrecht zu erhalten und in der Zwischenzeit nach Mitteln und Wegen zu suchen, um den Betrieb auch über diesen Zeitpunkt hinaus aufrecht erhalten zu können. Der Gläubigerausschuß wurde ermächtigt, den Betrieb, falls die notwendigen Geldmittel zur Weiterführung nicht zur Verfügung gestellt werden können, auch schon früher einzustellen. Eine neue Gläubigerversammlung wird am 30. November stattfinden.

Vorstand-Cementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart. In der letzten Aufsichtsratsitzung wurde ein Bericht über die ersten neun Monate des Geschäftsjahres vorgelegt. Danach konnte das seitherige Ergebnis durch die vorgenommenen Sparmaßnahmen und die den Verhältnissen angepaßte Umstellung der Betriebe unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und unter Berücksichtigung des durch Absatzminderung und Preisherabsetzung eingetretenen Erlösrückganges als noch befriedigend bezeichnet werden; insbesondere ist die Liquidität des Unternehmens unverändert günstig. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es jedoch vollkommen unmöglich, irgendwelche Voraussagen für das bilanzmäßige Ergebnis zu machen. Für 1930 werde bekanntlich ein Reingewinn von 1,89 Millionen Reichsmark erzielt, aus dem u. a. 7 Proz. Dividende auf die Stammaktien ausgeschüttet wurden.

Notverordnung über den Überlandverkehr mit Kraftfahrzeugen. Die Handelskammer Karlsruhe befaßte sich kürzlich mit dieser Verordnung. Auf Grund der Behandlung dieser Angelegenheit hat sie unter Hinweis auf die der sofortigen Durchführung entgegenstehenden Schwierigkeiten den Deutschen Industrie- und Handelsrat telegraphisch ersucht, sich beim Reichsverkehrsminister für die Hinausschiebung der Inkraftsetzung der Notverordnung auf den 1. Februar 1932 und die Erweiterung des Reichskraftwagen-Gütertarifs durch Aufnahme von Sägen für die Güter der Klassen C und D einzusetzen.

Die Vermahlung von Auslandsweizen. Nachdem am 19. Oktober 1931 das Konsortium deutscher Weizenmüller mit dem Sitz in Berlin errichtet worden ist, zu dem jeder Mühle der Beitritt offensteht, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch eine Verordnung bestimmt, daß nur diejenigen Mühlen berechtigt sind, über den allgemein zugelassenen Satz von 3 Proz. hinaus weitere 27 Proz. Auslandsweizen zu vermahlen, die Mitglied des Konsortiums deutscher Weizenmüller geworden sind oder werden. Die Satzung dieses Konsortiums verpflichtet die Mitglieder, eine bestimmte Quote ihrer Auslandsweizenvermahlung in dem unmittelbar oder mittelbar durch Händler oder Genossenschaften von der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft zu erwerbenden amerikanischen Hartweizen zu vermahlen. An der schon seither bestehenden Bestimmung, daß es sich bei den 27 Proz. Auslandsweizen nur um sog. Austauschweizen handeln darf, ist durch die Notverordnung nicht geändert worden.

Schultheiß-Bathenhorst AG, Berlin. In der Aufsichtsrats-
sitzung am Freitag berichtete der Vorstand über die vorläufige
Feststellung der Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres.
Danach ist ein Bruttoüberschuss von zirka 16 Millionen Reichs-
mark erzielt worden. Für Abschreibungen auf Effekten sind
21 Millionen Reichsmark, auf Beteiligungen etwa drei Mil-
lionen Reichsmark und auf Debitoren der Werke bzw. ihrer
Tochtergesellschaften etwa acht Millionen Reichsmark, zusam-
men also 32 Millionen Reichsmark, in Aussicht zu nehmen.
Diesen Abschreibungen von 32 Millionen Reichsmark stehen,
außer dem Bruttoüberschuss von 16 Millionen Reichsmark, von
dem die ordentlichen Abschreibungen zu kürzen sind, stille Re-
serven von ungefähr 20 Millionen Reichsmark zusätzlich der
noch nicht berechneten Reserve von 21 Millionen Reichsmark
und der offenen Reserve von 8,6 Millionen Reichsmark gegen-
über. Die der Gesellschaft nachstehenden Banken haben einen
Kontokorrentkredit zur Verfügung gestellt, der die Ge-
sellschaft gegen etwaige Ansprüche, die bisher nicht hervor-
getreten sind, sichertstellen soll.

Gemeinderundschau

Aus dem Mannheimer Bürgerausschuss

Nach mehrmonatiger Pause tagte am Freitagnachmittag
erstmals wieder der Mannheimer Bürgerausschuss im Rat-
haussaal. Bei Beginn der Sitzung waren die Tribünen voll
besetzt, obwohl nur für 150 Personen Plätze vorhanden wa-
ren, hatte man 135 Personen auf die Galerie gelassen. Auch
sonst wies das Haus nur wenige Lücken auf. Auf der Tages-
ordnung stand die Herstellung von Straßen in einem Gesamt-
betrag von annähernd einer Million Reichsmark.

Nach der Eröffnung durch Oberbürgermeister Dr. Feimerich
wurde die Abweisung eines kommunistischen Antrages, die
Mieten der Gemeinnützigen Baugesellschaft herabzusetzen, und
darüber sofort zu beraten, mit Beifall entgegengenommen.
Die Nationalsozialisten ließen eine Erklärung vorlesen, in der
sie betonten, sie würden sich an der Abstimmung nicht betei-
ligen, weil der Bürgerausschuss nur zu harmlosen Beratungs-
gegenständen einberufen werde und keine Demokratie mehr
herrsche. Nach längeren Ausführungen des Kommunisten
Lohfink, der ein Arbeitsbeschaffungsprogramm entwarf, wurde
dem Redner durch den Oberbürgermeister das Wort
entzogen, weil er nicht zur Sache sprach. Es entstand ein
tumultuärer Lärm, um so mehr, da der Redner nicht das
Wort verlassen wollte. Nachdem im Saale und auf der Ga-
lerie verschiedene Rufe ertönten, wurde die Sitzung unter-
brochen und die Galerie auf Befehl des Sitzungsleiters ge-
räumt. Nach der Fortsetzung der Sitzung fand ein Antrag
auf Wiederherstellung der Öffentlichkeit Annahme. Nach län-
gerer, zum Teil sachlicher, zum Teil rein politischer Debatte
wurde die Vorlage auf Herstellung der Straßen en bloc an-
genommen. Die Mittel werden aus Anleihen beschafft, für
die die Regierung die Genehmigung zu erteilen hat.

Als nächster Tagesordnungspunkt wurde die „Einrichtung
der Volkshochschule“ behandelt, zu dem die Sozialdemokraten
einen Änderungsantrag eingebracht hatten. Dieser Ab-
änderungsantrag beantragt das Zentrum, seine zunächst zu-
stimmende Stellungnahme zu ändern und gegen die Vorlage
zu stimmen. Der Antrag der SPD wurde mit 56 zu 28 Stim-
men angenommen. Die Schulhausvorlage fand eine Mehr-
heit von 48 zu 33 Stimmen. In nicht öffentlicher Sitzung
wurden Verkäufe und eine Bürgerschaftsübernahme verhandelt.

Die Finanzlage der Gemeinden

Auch in Bruchsal hat der Oberbürgermeister zum Ausgleich
der hohen Fürsorgekosten und zur Erlangung der Reichsbeihilfen
die vom Stadtrat abgelehnte dreifache Bürgersteuer und
verdoppelte Getränkesteuer angeordnet.

Nachdem der Stadtrat Kastatt die beantragte Erhöhung der
Gemeinde-, Gemeindegetränke- und Bürgersteuer abge-

lehnt hat, wurde diese vom Oberbürgermeister selbst auf
Grund des Artikels 11 der badischen Haushalts-Notverordnung
mit Wirkung vom 1. Dezember l. J. angeordnet.

Der Freiburger Bürgerausschuss lehnte in Abwesenheit der
Nationalsozialisten die Vorlage des Stadtrats auf Verdoppe-
lung der Gemeinde-, und Verdreifachung der Bürgersteuer
ab. Der Oberbürgermeister wird nunmehr die Erhebung der
Steuer auf Grund der badischen Haushalts-Notverordnung
verfügen.

Nachdem der Stadtrat Willingen die dreifache Bürgersteuer
und die 10prozentige Getränkesteuer abgelehnt hatte, ordnete
der Bürgermeister die Einführung dieser Steuern auf Grund
der badischen Haushalts-Notverordnung an.

Auch in St. Georgen ordnete der Bürgermeister die Ein-
führung der Gemeindegetränkesteuer, Verdoppelung der Bier-
steuer und Verdreifachung der Bürgersteuer an, nachdem diese
in der Sitzung des Gemeinderats abgelehnt worden waren.

Infolge der bekannten Verhältnisse bei den Gemeinden er-
gibt sich für Donaueschingen ein Bruttofehlbetrag von 80 000
Reichsmark. Durch Gehaltskürzungen und Einsparungen sol-
len 21 500 RM gedeckt werden, so daß ein Fehlbetrag von
58 500 RM übrig bleibt. Von der Erhöhung der Bürger- und
Biersteuer will der Gemeinderat vorerst absehen. Er will viel-
mehr versuchen, das Defizit durch Einsparung der Tilgungs-
beträge zu beseitigen.

In Konstanz schlug der Oberbürgermeister zur Deckung des
Fehlbeitrages in Höhe von 163 000 RM die Erhebung der drei-
fachen Bürgersteuer vor, was aber vom Stadtrat einstimmig
abgelehnt wurde. Der Oberbürgermeister hat darauf die Ein-
führung der Bürgersteuer in dieser Höhe auf Grund der ba-
dischen Notverordnung angeordnet.

Kastatt gegen Eingemeindungen. Gemäß Artikel 28 der
Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober hat das Bezirksamt
Kastatt die Vereinigung der Gemeinden Niederbühl und
Raental mit der Stadt Kastatt in Erwägung gezogen und
den Stadtrat Kastatt um Stellungnahme ersucht. Dieser
sprach sich gegen die Vereinigung aus.

Eingemeindungsversuche im Bezirk Donaueschingen. Die
Gemeinde Ippingen soll mit der Gemeinde Slingen vereinigt
werden. Die Gemeinde Ippingen wehrt sich dagegen, weil
sie bisher ganz schuldenfrei ist, während der Vermögensstand
von Slingen schlechter ist.

Kurze Nachrichten aus Baden

Kommerzienrat Ludwig Stromeyer gestorben

Bad. Konstanz, 23. Okt. In der Nacht zum Freitag verschied
nach längerem Leiden im Alter von 80 Jahren Kommerzienrat
Ludwig Stromeyer, der Seniorchef und Gründer der weit
über Deutschlands Grenzen hinaus bekannten Firma Lud-
wig Stromeyer & Co. Das Unternehmen, das im Jahre 1871
von dem Verstorbenen gegründet wurde, und das er bis zu-
letzt mit seinen drei Söhnen als Gesellschafter betrieb, hat
im Laufe der Jahrzehnte einen großen Aufschwung genom-
men. Besondere Pflege erfuhr die Abteilung zur Herstellung
von Festzeten. Fast sämtliche deutschen Festsätze stammten
aus der Stromeyerschen Fabrik. Vor und während des Krie-
ges hatte die Firma riesige Seeresaufträge auszuführen. Nach
dem Kriege wurde die Firma Stromeyer & Kaufmann ge-
gründet, die sich namentlich mit der Herstellung von Sport-,
Arbeiter- und Berufskleidung befaßt. Mehr als 20 Jahre
lang war Stromeyer Präsident der Konstanzer Handelskammer.
Die Universität Freiburg ernannte ihn zum Ehren-
senator, und lange vor dem Kriege wurde ihm der Titel eines
Kommerzienrats verliehen.

Bad. Baden-Baden, 24. Okt. Die Ehefrau des hiesigen Ober-
postkassens Kassierers, die seit längerer Zeit krank war, hat sich
in einem Zustand geistiger Unmachtung von dem flachen Dach
des fünfstöckigen Hauses in der Stephanienstraße in den Hof
gestürzt und war sofort tot. Andere Motive kommen nicht
in Frage, da die Familie in bester Ordnung lebte.

Bad. Badenweiler, 23. Okt. Der ehemalige preussische Finanz-
minister Dr. Höpfer-Schoff ist von Italien kommend, zu einer
Nachtur in Badenweiler eingetroffen und im gleichen Hotel
abgestiegen, in dem auch der zurückgetretene Reichsaussenmini-
ster Dr. Curtius zur Zeit weilte. Höpfer-Schoff hielt sich zu-
letzt in Ascona auf, wo er eine Zusammenkunft mit dem dort
weilenden preussischen Ministerpräsidenten Braun hatte.

Bad. Waldshut, 24. Okt. In dem im Jollausschlaggebiet lie-
genden Ortsteil ereignete sich gestern eine furchtbare Fam-
lientragedie. Der 43 Jahre alte, verheiratete Fabrikarbeiter
Otto Danzel senior, lebte mit seiner Frau und deren Sohn
aus erster Ehe dauernd in Streit. Gestern verließ er mit
seinem 10jährigen Sohn die Wohnung und begab sich in den
Wald. Dort wurden die beiden erhängt aufgefunden.

Staatsanzeiger

Lotterie.
Dem Münsterbauverein in Breisach wurde die Erlaubnis
zur Veranstaltung der 9. Geldlotterie erteilt.
Karlsruhe, den 23. Oktober 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Losbriefvertrieb.
Dem Landesauschuss der Bayerischen Katholischen Fürsorge-
vereine für Mädchen, Frauen und Kinder in München wurde
die Erlaubnis zum Losbriefvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 23. Oktober 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 26. Oktober bis 1. November 1931.

Im Landestheater:
Montag, 26. Okt. Volksbühne: Oktobervorstellung. Vorunter-
suchung. Von Alsborg und Hesse. 19.30 bis 22. (3,50).
Plätze aller Preiskategorien sind für den allgemeinen Ver-
kauf freigehalten.
Dienstag, 27. Okt. * C 6. Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte.
Rina. Komödie von Bruno Franck. 20 bis 22 (3,50).
Mittwoch, 28. Okt. * A 7 (Mittwochmiere). Der Ring des
Nibelungen. 1. Tag: Die Walküre. Von Wagner. 18
bis 22.15. (6,30).
Donnerstag, 29. Okt. * D 7 (Donnerstagmiere). Th.-Gem.
III. S.-Gr. 2. Hälfte und 1201 bis 1300. Edelwild.
Dramatisches Gedicht von Emil Götts. 20 bis 22. (3,50).
Freitag, 30. Okt. * F 6 (Freitagmiere). Der Ring des Nibe-
lungen. 2. Tag: Siegfried. Von Wagner. 18 bis gegen
22.30. (6,30).
Samstag, 31. Okt. * G 6. Th.-Gem. 1101 bis 1200. Neu ein-
studiert: Prinz Friedrich von Homburg. Von Kleist. 20
bis 22.30. (4,20).
Sonntag, 1. Nov. * B 6. Der Ring des Nibelungen. 3. Tag:
Götterdämmerung. Von Wagner. 17 bis 22. (6,30).

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 25. Okt. * Frauen haben das gern. Schwant-
Operette von Walter Kollo. 19.30 bis 22. (2,60).
Sonntag, 1. Nov. * Herr Lambertier. Von Verneuil. 19.30
bis 21.30. (2,20).

Geschäftliches

Kaffee Hag — höchste Auszeichnung. Die Hygiene-Ausstel-
lung in Dresden, welche 2 Jahre dauerte, wurde am 20. Sep-
tember geschlossen. Der Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft
(Kaffee Hag) wurde für hervorragende Leistungen als höchste
Auszeichnung der Ehrenpreis des Reichsministers des In-
nern verliehen.

Warum Sorge um Herz und Nerven? KAFFEE HAG

Trinken Sie den coffeinfreien und völlig unschädlichen

Die Befreiung des Bezirks V
in Heidelberg.
Der durch Tod freigewordene Bezirk V, um-
fassend die Gemeinden Leimen, Sandhausen mit Bruch-
hausen, St. Ilgen, Nulbach, sowie den Stadtteil Kirch-
heim, wird zur Vererbung ausgeschrieben. Verber-
bungen sind bis 25. November 1931 unter Anschluß der
in § 2 der WO. vom 29. November 1921 verlangten
Unterlagen beim Bezirksamt Heidelberg einzureichen.
Heidelberg, den 17. Oktober 1931. R. 676
Badisches Bezirksamt II.

EINTRACHT
Dienstag, 27. Oktober, 20 Uhr
Klavier-Abend
Max Pauer
Die 3 Klavier-Sonaten von
Brahms
op. 1 C-dur op. 2 Fis-moll op. 5 F-moll
Karten zu 4,-, 3,-, 2,50 und 1,50 RM. (für Kammer-
musikabonnenten, Musiklehrer u. Schüler ermäßigt)
bei Bielsfeld am Marktplatz und bei (L. 489)
KURT NEUFELDT
Waldstraße 81

Betr. Jagdverpachtungen
Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert
auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche
Jäger“, München, offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher
Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen: Wertheim, Tauber-
bischofsheim, Buchen, Odenburken, Heidelberg, Mannheim, Bruch-
sal, Pforzheim, Karlsruhe, Kastatt, Baden-Baden, Reß-Offen-
burg, Kinzigtal, Lahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen,
Linsgau-Heuberg, Ebrach und Konstanz. Diese weitverbreitete
Zeitschrift ist darum das geeignete Anknüpfungsorgan für Jagd-
und Fischereiverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeinderäte
besonders aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche
Jäger“ P. O. Mayer Verlag, München 2 C, Spatzhofstr. 11. R. 419

Der **Festakt**
anlässlich des
100 jährigen Bestehens des Gewerbe- und Handwerkervereins Karlsruhe
findet am Sonntag, 25. Oktober, vormittags 11 Uhr,
im großen Eintrachtsaal statt.
Wir laden unsere Mitglieder sowie Freunde und Gönner des
Handwerks höflich ein.
Der Vorstand
des Gewerbe- und Handwerkervereins Karlsruhe

Graue Haare erhalten
garant.
in 14 Tagen Jugendfarbe
durch „Sonja-Compact“. Preis
2 RM. u. Porto. L. 424
Wittberger & Co.,
Augsburg II/155.

**Staats- und
Gemeindebehörden**
sind unsere Abonnenten.
Wollen Sie diese auf Ihre
Firma aufmerksam ma-
chen, so inserieren Sie
in dem offiziellen Organ
der bad. Regierung der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Badisches Landestheater
Sonntag, 25. Oktober 1931
Vormittags
Morgenfeier
Johann Strauß
Mitwirkende:
Intendant Dr. Hagemann,
Krips, Franz, Rentwig,
Fürstenau, Badisches Lan-
destheater-Orchester, das
Ballett
1. Ouvertüre: „Wal-
dmeister“ — 2. Agelation-
en — Walzer — 3. Madch-
en-Marsch — mit Tanz —

Mitwirkende:
Blank, Franz, Habertorn,
Seiberlich, Winter, Falke,
Hospach, Kiefer, Böser,
Rentwig, Riischl, Schoepf-
lin, Strack
Anfang 19 Ende geg. 21 1/2
Preise E (1—6,30 RM)
Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 25. Okt. 1931
Frauen haben das gern
Schwantl-Operette
von Walter Kollo
Dirigent: Stern
Regie: Herz
Mitwirkende:
Bertram, Genter, Janz,
Rademacher, Seiling, Hoyer,
Brand, Ernst, Kloeble,
R. Müller
Anfang 19 1/2 Ende 22
Preise A (0,60—3,50 RM)
Plätze aller Preiskategorien
sind für den allgem. Ver-
kauf freigehalten
Di. 27. 10. Rina. Mi. 28. 10.
Der Ring des Nibelungen:
1. Tag: Die Walküre. Do.
29. 10. Edelwild. Fr. 30. 10.
Der Ring des Nibelungen:
2. Tag: Siegfried. Sa. 31.
10. Neu einstudiert: Prinz
Friedrich von Homburg.
So. 1. 11. Der Ring des
Nibelungen: 3. Tag: Göt-
terdämmerung. Im Kon-
zerthaus: Herr Lambertier.